

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Knabe und der Fraktion DIE GRÜNEN

Treibhauseffekt

In der letzten Woche (am 23. Juni 1988) hat der US-amerikanische Klimaforscher J. Hansen vom NASA-Goddard-Institute for Space Studies eine Studie mit dem Titel „The Green-hous Effect: Impacts on current global temperature and regional heat waves“ vorgestellt.

In dieser Untersuchung wird festgehalten, daß

- die auf der Erde gemessenen Temperaturen des Jahres 1988 höher sind als jemals zuvor seit der Durchführung instrumenteller Messungen,
- die globale Erwärmung nunmehr hinreichend groß ist, um mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Ursache-Wirkung-Zusammenhang mit dem Treibhauseffekt zu behaupten,
- die computergestützten Simulationen darauf hindeuten, daß die Wahrscheinlichkeit von Extremsituationen (Hitzewellen, Dürren) durch den Treibhauseffekt steigt,
- in bestimmten Regionen der Vereinigten Staaten (im Südosten und im mittleren Westen) in der nächsten Dekade solche Extreme häufiger auftreten werden als im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1980.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die Ergebnisse dieser Studie bekannt?
2. Hält die Bundesregierung die Studie des NASA-Goddard-Institute for Space Studies für seriös?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Studie in Hinblick auf
 - a) die Tatsache, daß 1988 das heißeste bisher gemessene Jahr ist und daß die vier heißesten Jahre des letzten Jahrhunderts in den 80er Jahren lagen,
 - b) den vermuteten Ursache-Wirkung-Zusammenhang zwischen globaler Erwärmung und Treibhauseffekt,
 - c) die befürchtete Zunahme des Auftretens von klimatischen Extremsituationen?

4. wie beurteilt die Bundesregierung die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Extremereignissen wie Hitzewellen und Dürren – wie derzeit in den Vereinigten Staaten von Amerika zu beobachten – in Europa?
5. Sieht die Bundesregierung sich durch die Ergebnisse dieser Studie dazu veranlaßt, die Emissionsreduzierung wärmeisolierender Gase, insbesondere des Kohlendioxids und der Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW), verstärkt voranzutreiben?
6. Welche Schritte zur Verringerung der FCKW-Produktion über die im Montrealer Protokoll hinaus beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Instrumente
 - a) Verbot,
 - b) rechtliche Verschärfungen (insbesondere Bundes-Immissionsschutzgesetz, Zweite und Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Technische Anleitung Luft, Abfallgesetz),
 - c) Öko-Steuer,
 - d) Kennzeichnungspflicht,
 - e) freiwillige Vereinbarungen,
 - f) Forschungsförderung für die Ersatzstoffforschung?

7. Wie gedenkt die Bundesregierung die notwendige Verringerung von CO₂-Emissionen durch rationelle Energieverwendung zu beschleunigen?

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die

- a) Einführung einer Primärenergieabgabe,
 - b) Förderung von Energiesparmaßnahmen auf dem Wärme- markt und in der Industrie,
 - c) Förderung des Stromsparens durch eine Reform der Bun- destarifordnung Elektrizität,
 - d) Dezentralisierung und Rekommunalisierung der Energie- versorgung?
8. Wie hoch sind die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Reduzierung wäre möglich bei
 - a) Einführung eines Tempolimits 80/100 km/h,
 - b) Verlagerung von 10 bis 20 v. H. des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene?
 9. Trifft es zu, daß die Energieszenarien für die Bundesrepublik Deutschland und die Welt, die mit Einsatz von Kernenergie rechnen, gleichzeitig einen höheren Verbrauch von fossilen Energien vorsehen?
 10. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um die Emission von wärmeisolierenden Spurengasen in der Landwirtschaft einzuschränken

- a) hinsichtlich Methan (CH_4), z. B. durch Beschränkung der Massentierhaltung oder durch Information der Bevölkerung über die Zusammenhänge zwischen Fleischverbrauch und Spurengasen,
 - b) hinsichtlich Lachgas (N_2O)?
11. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene, um dem Tropenholzraubbau wirksam zu begegnen?

Bonn, den 6. Juli 1988

Dr. Knabe

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

